

Am lautesten wird im Abstimmungskampf zum Covid-19-Gesetz über das Zertifikat gestritten. Doch die Vorlage umfasst deutlich mehr als die rechtlichen Grundlagen für den Immunitätsnachweis. Von Christoph Bernet

Spaltpilz oder Schlüssel zur Freiheit?

Ende November stimmt die Schweiz erneut über das Covid-19-Gesetz ab. Diesmal geht es um die Änderungen vom März dieses Jahres. Mit diesen hat das Parlament den Bundesrat unter anderem verpflichtet, die Eingriffe in das öffentliche Leben so mild wie möglich zu gestalten. Beschlossen wurde auch die rechtliche Grundlage für das Covid-Zertifikat. Die neuen wichtigsten Fragen und Antworten sagen, worum es im Einzelnen geht?

1 Weshalb stimmen wir über das Covid-19-Gesetz ab?

Am 19. März hat das Parlament Änderungen des Covid-19-Gesetzes beschlossen. Gestützt auf die Verfassung erklärte es diese für dringlich. Das Gesetz ist deshalb bereits in Kraft getreten und gilt zunächst für ein Jahr, befristet bis zum 18. März 2022. Dagegen wurde von drei Komitees erfolgreich das Referendum ergriffen. Deshalb wird am 28. November über das Covid-19-Gesetz abgestimmt.

2 Worum geht es bei der Abstimmung?

Die vom Parlament beschlossenen Änderungen betreffen mehrere Bereiche. Einerseits sind darin zahlreiche finanzielle Unterstützungsmassnahmen für von der Pandemie wirtschaftlich besonders betroffene Personen, Unternehmen und Branchen geregelt. Dazu gehören die Ausweitung der Härtefallhilfen für Unternehmen, des Erwerbsersatzes für Selbstständigerwerbende, der Kurzarbeitsentschädigung und der Taggelder für Arbeitslose auf zusätzliche Anspruchsberechtigte. Ebenso geregelt sind Entschädigungs- und Hilfsgelder sowie Kredite für Profisportvereine, private TV- und Radiostationen, Publikumsveranstaltungen, Kindertagesstätten und freischaffende Kunst- und Kulturschaffende.

3 Was ist sonst noch im Gesetz geregelt?

Neben wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen ermöglicht das Gesetz die Ausnahme von Geimpften von der Quarantänepflicht und erlaubt dem Bundesrat die Beschaffung und Herstellung von Covid-Medikamenten. Es vereinfacht den Beglaubigungsprozess von Unterschriften für Volksinitiativen und verpflichtet den Bundesrat zum verstärkten Einbezug der Kantonsregierungen und Sozialpartner in den Entscheidungsprozess. Und schliesslich verlangt das Gesetz die Sicherstellung eines landesweit funktionierenden Contact-Tracing-Systems und schafft die Grundlagen für den Einsatz des Covid-Zertifikats. Der letzte Punkt gibt am meisten zu reden im Abstimmungskampf.



Kontrolle der Covid-Zertifikate beim Pegasus-Konzert im Hallenstadion.

BILD KEY

Das Parlament hat auf eigenen Antrieb hin die Anforderungen an ein Covid-Zertifikat festgelegt. Ein solches muss freiwillig, persönlich, fälschungssicher und datenschutzrechtskonform ausgestaltet sein. Im Covid-Gesetz sind also die Grundlagen für eine Ausstellung des Covid-Zertifikats geregelt. Die gesetzliche Legitimation für dessen Anwendung hingegen findet sich wie für die anderen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, wie etwa die Maskenpflicht, im Epidemienengesetz. Darauf berief sich der Bundesrat in der Verordnung, mit welcher er per 13. September die Zertifikatspflicht auf Restaurants, Bars,

4 Was sagt das Gesetz zum Covid-Zertifikat

Das Schweizer Covid-Zertifikat wird aktuell von den Mitgliedstaaten der Europä-

Fitnesscenter und andere Einrichtungen ausgedehnt hat.

5 Was geschieht bei einem Ja, was bei einem Nein?

Bei einer Annahme wären die bis zum nächsten Frühjahr befristet geltenden Artikel neu unbefristet rechtskräftig. Bei einem Nein bleiben sie nur noch bis zum 18. März 2022 in Kraft. Danach fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage für das Zertifikat, für die erwähnten wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen oder für die Befreiung von Geimpften von der Quarantänepflicht. Ob und wie schnell das Parlament unbestrittene Aspekte des Gesetzes – etwa ein Zertifikat für Auslandsreisen – neu regeln würde, ist unklar. Von einer Ablehnung nicht betroffen wären die im Juni 2021 vom Volk angenommenen Artikel des Covid-19-Gesetzes.

6 Können wir bei einem Nein noch ins Ausland reisen?

Das Schweizer Covid-Zertifikat wird aktuell von den Mitgliedstaaten der Europä-

Union als gleichwertig anerkannt. Für einen Grenzübertritt ist ein Zertifikat nicht zwingend. Dies ist auch möglich mit anderen Formen eines Impf-, Genesungs- oder Testnachweises. Doch in zahlreichen EU-Staaten braucht es ein Zertifikat für den Zutritt zu Restaurants, Museen oder Zügen. Fehlt der Schweiz ab dem März die Grundlage, ihren Bürgerinnen und Bürgern ein EU-konformes Zertifikat auszustellen, dürfte das Reisen in EU-Länder auf jeden Fall mühsamer und kostspieliger werden.

7 Wer ist für die Vorlage, und wer ist dagegen?

Für das Gesetz sind der Bundesrat, eine Mehrheit des Parlaments sowie alle Parteien mit Ausnahme der SVP. Dagegen sind neben der SVP die beim Referendum führenden Gruppierungen Freunde der Verfassung, Bündnis Urkantone, Mass-Voll sowie das Netzwerk Impfscheid. Auch das Komitee «Geimpfte gegen das Covid-Zertifikat» aus linken und netzaktivistischen Kreisen ist für ein Nein.

8 Was sind die Argumente der Befürworter?

Für die Befürworter stellt das Gesetz sicher, dass Betroffene, die durch die Pandemie unverschuldet wirtschaftlich in Not geraten sind, Hilfe erhalten. Es schaffe eine demokratische Grundlage für die Pandemiebekämpfung und setze dem Bundesrat klare Leitplanken. Das Zertifikat bezeichnen sie als «Schlüssel zur Freiheit». Es ermögliche den Zugang zu Gastronomie, Kultur- und Sporteinrichtungen und helfe dabei, Betriebsschliessungen und Lockdowns zu verhindern, von denen alle betroffen seien.

9 Was sind die Argumente der Gegner?

Für die Gegner ist das Covid-19-Zertifikat ein Instrument zur Spaltung der Bevölkerung. Mit der Zugangsbeschränkung für Restaurants oder Fitnessstudios auf Personen mit einem gültigen Zertifikat würden Ungeimpfte von einer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und diskriminiert. Die erweiterte Zertifikatspflicht komme einem Impfwang gleich. Der Aufbau einer landesweiten Contact-Tracing-Datenbank führe zu einer elektronische Massenüberwachung der Bürger.

Das Parlament hat auf eigenen Antrieb hin die Anforderungen an ein Covid-Zertifikat festgelegt.

Jetzt nicht einknicken

Das Covid-Zertifikat gibt allen Geimpften, Genesenen und Getesteten Freiheiten zurück. Doch nicht nur deshalb verdient das Covid-19-Gesetz Zustimmung

Von Iren Eichenberger

«Ohne Dings kein Bums», sagten die Prostituierten ihren Kunden zum Schutz vor Aids. «Ohne Pass kein Spass», sagte der Bundesrat, als er ein Covid-Zertifikat für den Zutritt in Restaurants, Kulturbetriebe, Sporthallen und Veranstaltungen ins Covid-Gesetz aufnahm. Weil das Schweizer Zertifikat auch in der EU und dem weiteren Ausland anerkannt ist, wurden mit der Zustimmung des Bundesparlaments endlich wieder Reisen ins Ausland möglich. Umgekehrt konnte der Schweizer Tourismus erstmals wieder von ausländischen Gästen profitieren. Das Covid-Zertifikat gibt allen drei G-Gruppen Freiheit zurück. »Impfung für Freiheit« bewegte zudem viele, sich impfen zu lassen. Damit dienen sie nicht nur sich selbst, sondern ebenso dem Schutz der Gesamtbevölkerung.

Grosse Bedeutung im erweiterten Covid-Gesetz hat die Ausweitung der Finanzhilfen: Härtefallhilfe für zusätzliche Unternehmen, die hohe Umsatzeinbussen erlitten zum Beispiel. Erwerbsersatz für Selbstständige bereits bei 30 Prozent statt bisher 40 Prozent Umsatzrückgang. Mit zusätzlichen Taggeldern der ALV und Kurzarbeitsentschädigung werden Arbeitsplätze gerettet – darum steht die Schweiz heute gegenüber dem Ausland bei den Arbeitsplatzverlusten vergleichsweise gut da. Veranstaltungen mit Ausstrahlung über

den Kanton hinaus erhalten Ausfallentschädigungen und ganz wichtig: Kinderbetreuungsstätten, die wegen Corona schliessen mussten, erhalten finanzielle Hilfe, auch solche der öffentlichen Hand. Weiter gibt es Finanzhilfe für Kulturschaffende und private Radio und Fernsehstationen erhalten Teilersatz für verminderte Werbeeinnahmen.

Beim Contact-Tracing wird die Zusammenarbeit unter den Kantonen und der Datenschutz geregelt. Neu kann der Bund wichtige medizinische Güter herstellen lassen und damit eine unabhängige Versorgung sichern. Die Kantone gewinnen mehr Mitsprache in der Krisenpolitik des Bundesrats und dieser muss die Einschränkungen so klein wie möglich halten.

All das hat mit Diktatur und Überwachung rein gar nichts zu tun, aber viel mit weitsichtiger Planung und demokratischem Handeln, selbst in der Krise. Wer bedrohte Existenzen stützen und uns allen ein Stück Normalität und Freiheit zurückgeben will, sagt Ja zum Covid-19-Gesetz.



Iren Eichenberger
Kantons- und
Grossstadträtin,
Schaffhausen

Zertifikatszwang für immer?

Seit der Verfügbarkeit der Impfung für alle gibt es keinen Grund mehr für die Covid-Massnahmen. Erst recht nicht für die gefährlichen Verschärfungen des Covid-Gesetzes!

Von Robert Blarer

Für den allergrössten Teil der Bevölkerung ist Covid kein ernsthaftes Risiko. Und seitdem die Impfung für alle verfügbar ist, kann sich jeder, der es will, damit gegen Covid schützen. Am 21. April hat deshalb der Bundesrat versprochen: «Sind alle impfwilligen erwachsenen Personen vollständig geimpft, beginnt die Normalisierungsphase.» Einschränkungen wären nicht mehr zu rechtfertigen und die Massnahmen wären aufzuheben. «An dieser Strategie soll auch dann festgehalten werden, wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen der Erwartungen tief bleibt.» Doch statt sein Wort zu halten, hat der Bundesrat die Massnahmen sogar noch verschärft.

Am 28. November kann der Souverän über folgende Verschärfungen abstimmen: Covid-Zertifikat, Massenüberwachung, Quarantäne nur für Ungeimpfte und noch mehr Macht für den Bundesrat. Es geht nicht mehr um Finanzhilfen, die grösstenteils alle auslaufen.

Das Covid-Zertifikat ist medizinisch nicht gerechtfertigt, weil auch Geimpfte ansteckend sein können. Es diskriminiert zwei Millionen Menschen in der Schweiz. Alle, die sich nicht impfen lassen wollen, werden vom sozialen Leben ausgeschlossen, verlieren ihre Arbeits-

stelle oder sind gezwungen, sich impfen zu lassen.

Der Bund führt ein umfassendes, wirksames und digitales System zur Kontaktnachverfolgung ein. Das bedeutet nichts anderes als eine elektronische Massenüberwachung der Bürger, ihres Lebens und ihrer sozialen Kontakte, ihrer Bewegungen und ihrer Reisen. Die Daten sollen in zentralen Datenbanken gespeichert werden. Damit droht eine Totalüberwachung wie in China.

Wer geimpft ist, für den gibt es noch lange keine Freiheit. Das Zertifikat hat ein Ablaufdatum, die Impfung muss erneuert werden. Beim QR-Code für das Covid-Zertifikat sind bereits neun Impfungen vorgesehen. Es droht ein Gesundheitspass und eine staatliche Bevormundung auf Dauer.

Deshalb sagen wir am 28. November Nein zu den gefährlichen Verschärfungen des Covid-19-Gesetzes.



Robert Blarer
Sprecher Aktionsbündnis
Aargau-Zürich und
Unternehmer